

Nationalrat will höheren Bundesanteil

Die Mehreinnahmen aus der OECD-Steuerreform sollen zur Hälfte an den Bund gehen. Das hat der Nationalrat gestern beschlossen. Er weicht damit vom Beschluss des Ständerates ab, der den Kantonen 75 und dem Bund bloss 25 Prozent des Geldes geben wollte.

Reto Zanettin

BERN. Jäger wissen: Solange der Bär nicht erlegt ist, soll man dessen Fell nicht verteilen. Denn wenn das Raubtier im Dickicht verschwindet, steht man mit leeren Händen da. Bei der OECD-Steuerreform entspricht das Bärenfell einem Betrag von 1 bis 2,5 Milliarden Franken. So hoch schätzt der Bundesrat die kurzfristigen Mehreinnahmen, sollte die Mindestbesteuerung wie geplant umgesetzt werden.

Dann wird eine Ergänzungssteuer dafür sorgen, dass Unternehmen mit einem weltweiten Erlös von mehr als 750 Millionen Euro zu einem Satz von mindestens 15 Prozent besteuert werden. Das ist – besonders in Tiefsteuernkantonen – mehr, als die Firmen heute bezahlen müssen. Also fliesst zusätzliches Geld in die Staatskasse – theoretisch. Dass die Realität anders aussehen könnte und Zusatzeinnahmen noch nicht sicher sind, hat Finanzminister Ueli Maurer gestern im Nationalratssaal klargestellt: «Die Leidenschaft, mit der wir mögliche Einnahmen heute schon verteilen wollen, ist schon auch etwas gefährlich.» Das internationale Umfeld werde entscheidend sein dafür, ob es überhaupt Mehreinnahmen gebe.

Für Maurer liegt es auf der Hand: Der Standortwettbewerb ist hart, und die Schweiz kann leicht ins Hintertreffen geraten. Zwei Beispiele: Andere Länder stellen Bauland «praktisch gratis zur Verfügung» (Maurer), und manche subventionieren Unternehmen direkt. Dazu berichtet Maurer: «Ich habe selbst solche CEO getroffen, die sagen: Ich erhalte in den USA in zehn Jahren vier Milliarden als direkte Subvention, was bezahlt ihr?» – Nichts, denn die Schweiz kennt keine Rechtsgrundlage, die eine direkte Unterstützung von Firmen erlauben würde. Hinzu kommen die Lohnkosten. Sie sind in der Schweiz deutlich höher als im Ausland. Und schliesslich können multinationale Konzerne ihre Aktivitäten zügig von der Schweiz in ein anderes Land verlagern. Das alles sind Gründe, weshalb Unternehmen der Schweiz den Rücken kehren und die Mehreinnahmen letztlich sinken könnten.

Ueli Maurer wollte nicht den Teufel an die Wand malen, aber warnen: Die Schweiz könnte an Wettbewerbsfähigkeit



Eine Studie zeigt: Je nachdem, wie die Mehreinnahmen auf Bund und Kantone verteilt werden, erhält Basel-Stadt 272 Millionen Franken – oder auch nur 39 Millionen.

BILD KEY

verlieren. Die Nationalratsmitglieder nahmen es zur Kenntnis, sahen in der Mittelverteilung nichtsdestotrotz die «zentrale Diskussion», so Jürg Grossen (GLP), oder sogar die «grosse Schlacht», wie sich Beat Walti (FDP) ausdrückte. So wurde rege diskutiert. Ein halbes Dutzend Ideen, was man mit dem Geld anfangen solle, kursierte. Um es kurz zu machen: Am Ende setzte sich der Vorschlag durch, der Bund solle eine, die Kantone die andere Hälfte der Zusatzeinnahmen bekommen.

Deckel gestrichen

Mit diesem Entscheid wich der Nationalrat einerseits vom Beschluss des Ständerates ab, der dem Bund 25 und den Kantonen 75 Prozent des Geldes überlassen möchte. Diese Lösung verteidigte der Finanzminister vergebens. Er begründete die 25-75-Verteilung mit dem Nationalen Finanzausgleich (NFA), bei dem die wirtschaftlich starken Kantone und der Bund den finanziell schwächeren

Kantonen unter die Arme greifen. Maurer argumentierte für einen hohen Anteil der Kantone an der Ergänzungssteuer: «Je mehr bei den Kantonen bleibt, je mehr wird diesen im Finanzausgleich wieder abgeschöpft. Und je mehr die Kantone in den Finanzausgleich bezahlen, je mehr muss auch der Bund in den Finanzausgleich bezahlen.» In dieser Logik erhalten schwache Kantone umso mehr Mittel von ihren stärkeren Nachbarn, je höher der Kantonsanteil an der Ergänzungssteuer ist.

Andererseits kippte die grosse Kammer den Passus, wonach jeder Kanton höchstens 400 Franken pro Einwohner hätte erhalten dürfen. Dieser Deckel wäre mit einer massiven Umverteilung zwischen den Kantonen verbunden gewesen. Vor allem Zug und Basel-Stadt hätten anderen Kantonen Mittel abtreten müssen – eine Art «NFA 2.0», wie Beat Walti kritisierte. Die Ratslinke hätte eine solche Umverteilung indes begrüsst. Denn sie wollte verhindern,

«Ich habe selbst solche CEO getroffen, die sagen: Ich erhalte in den USA in zehn Jahren vier Milliarden als direkte Subvention, was bezahlt ihr?»

Ueli Maurer
Finanzminister

dass wenige Kantone einen grossen Teil der Mehreinnahmen erhalten. «Versuchen Sie einmal, das der schweizerischen Bevölkerung zu erklären. Das wäre schwierig», sagte SP-Co-Präsident Cédric Wermuth, der sich dagegen wehrte, dass «über 40 Prozent der zusätzlichen Einnahmen – 40 Prozent! – an zwei Kantone» gehen sollten.

Für die 50-50-Lösung sprach letztlich die ausgeglichene Verteilung der Erträge sowie die Hoffnung, dass der Bund im Vergleich zur ständerätlichen 25-75-Regelung mehr Geld erhält, das er im Gesamtinteresse des Landes einsetzen kann.

Steuererhöhung in den Kantonen

Für Christoph Schaltegger, der sich an der Universität Luzern schon längere Zeit mit der OECD-Steuerreform befasst, ergibt die hälftige Mittelzuweisung an Bund und Kantone keinen Sinn, «weil die Verantwortung, dass es den Unternehmen gut geht, zwischen Bund und Kantonen aufgeteilt wird». Das Risiko, dass sich am Ende niemand mehr verantwortlich fühle für das Wohlergehen der grossen Arbeitgeber, sei erheblich. Damit klare Verhältnisse herrschen, empfiehlt der Ökonomie-Professor: «Die Kantone sollten ihre Steuersätze für die betroffenen Firmen eigenständig auf 15 Prozent erhöhen und die Einnahmen in die Standortförderung stecken.»

Damit dürfte der Ökonomie-Professor bei Heinz Tännler, dem Zuger Finanzdirektor, auf weit geöffnete Ohren stossen. Tännler selbst hat schon in die gleiche Richtung gedacht: «Wenn wir einen Grossteil der Mehreinnahmen abgeben müssen, werden wir uns überlegen müssen, auf kantonaler Ebene eine Steuererhöhung für Grosskonzerne vorzunehmen», sagte er dem «St. Galler Tagblatt». Nach einer derart konsequent durchgeführten Steuererhöhung würde der Bund nichts von den Ergänzungssteuereinnahmen sehen, die Kantone dafür alles. Wer aber könnte davon profitieren? Laut Schaltegger: durch eine Senkung der Steuerlast bei den natürlichen Personen die Kantoneinwohnerinnen und Kantoneinwohner.

Das Geschäft ist noch nicht abgeschlossen. Es geht zurück in den Ständerat.

Analyse

Stärken und Schwächen der SVP-Kandidaten

Die SVP hat Nationalrat Albert Rösti und den Rechtsprofessor Hans-Ueli Vogt ins Rennen um den frei gewordenen Bundesratssitz geschickt.

Was zeichnet die beiden Kandidaten kommunikativ aus? von Marcus Knill*

Der Berner Nationalrat Albert Rösti, früherer Präsident der SVP, ist immer noch Favorit auf dem Kandidatenkarussell. Er gilt als gemässigter Sachpolitiker, der über ein grosses Netzwerk verfügt.

■ Was der Persönlichkeit zuzuschreiben ist: Vielen ist Rösti zu nett und zu kollegial. Allerdings punktet er im Parlament mit seiner freundlichen, vermittelnden, fairen Art. Er ist fleissig, naturnah, umgänglich, gemässigt und kein Dogmatiker.

■ Auftrittskompetenz (Körpersprache, Stimme, Kernbotschaft): Albert Rösti hat an seinen Auftritten viel verbessert. Seine Kernbotschaft: «In der Politik kann man mit mehrheitsfähigen Vorschlägen etwas erreichen. Das werde ich tun. Es käme mir natürlich auch zu, das Wertesystem der SVP im Bundesrat einzubringen.»

■ Medienrhetorische Aspekte (Verständliches, einfaches, kurzes Formulieren): Rösti formuliert unkompliziert, adressatengerecht. Er spricht das Gegenüber an (Blickkontakt) und hat eine gute Pausentechnik. ■ Überzeugungskraft, Glaubwürdigkeit, Authentizität: Dank seiner natürlichen Art

sind seine Aussagen glaubwürdig. Auch deshalb, weil er kein «Sektierer» ist, sondern bereit für Kompromisse.

■ Hauptstärke: Die Hauptstärke von Albert Rösti ist seine Umgänglichkeit mit den Mitmenschen, bei aller Härte in Sachfragen. Er lebt das bewährte Harvardprinzip, ist verbindlich im Ton und hart in der Sache. Diese Fähigkeit ist bei Magistraten gefragt. Man will keine «Wadenbeisser», sondern konsensorientierte Bundesräte. Hardliner werden selten gewählt. Rösti hat gelernt, zu stoppen und Nein zu sagen: «Stimmt nicht!», «Im Gegenteil», «Überhaupt nicht!»

■ Defizite: Albert Rösti muss aufpassen, dass er ernsthafte Aussagen mit seinem Lächeln nicht abschwächt. In Streitgesprächen lässt sich Rösti nicht mehr an die Wand drücken. Bei Unterbrechungen hat er aber in der «Arena» des Schweizer Fernsehens mehrmals einfach weitergeredet. Wenn zwei gleichzeitig sprechen, bringt das nichts. Mit einer höflichen Frage wie zum Beispiel «Darf ich den Gedanken noch fertig machen?» kann man sich besser durchsetzen.

«Rösti muss aufpassen, dass er ernsthafte Aussagen mit seinem Lächeln nicht abschwächt.»

Hans-Ueli Vogt hat im letzten «Club» des Schweizer Fernsehens eine Lanze für die Konkordanz des schweizerischen politischen Systems gebrochen. Er unterstrich seine Worte körpersprachlich und erhielt dafür in den sozialen Medien Zuspruch.

■ Was der Persönlichkeit zuzuschreiben ist: Vogt geniesst grossen Respekt. Er ist nicht «mediengeil». Er gilt eher als zurückhaltend, arbeitet konstruktiv und lösungsorientiert.

■ Auftrittskompetenz (Körpersprache, Stimme, Kernbotschaft): Bei Präsentationen fesselt er die Zuhörer. Er kontrolliert seine Körpersprache nicht, deshalb stimmen Stimme, Gestik und Mimik mit den Aussagen überein und er wirkt authentisch. In Interviews spricht er eindringlich, sehr lebendig, ausdrucksstark. Unübersehbar ist seine ausgeprägte starke Mimik.

■ Medienrhetorische Aspekte: Vogt formuliert verständlich. Für ihn ist Medienkompetenz wichtig. Er kann Komplexes so erklären, dass man es versteht, und nutzt angemessene Analogien: «Mein Naturell passt nicht zum Politikbetrieb im Parla-

ment, ich fühle mich wie ein Tennisspieler auf dem Fussballfeld.» Er gesteht offen, die Art und Weise des Politisierens im Bundesrat entspreche eher seinem Naturell. Vogt weicht nicht aus. Er kontert mediengerecht.

■ Überzeugungskraft, Glaubwürdigkeit, Authentizität: Der SVP-Kandidat überzeugt, weil er verständlich formuliert, natürlich spricht und eindeutige Aussagen macht. Er bringt Antworten auf den Punkt. ■ Hauptstärken: Hans-Ueli Vogt ist ein eigenständiger Denker und kann sehr gut zuhören. Er ist fachlich versiert und intellektuell überragend. Vogt ist Generalist und Fachspezialist.

■ Defizite: Mit seiner Aussage, sein Naturell passe nicht zum Politikbetrieb – mit nachfolgender Kehrtwende – hat er bei vielen Goodwill verspielt. Das muss er wettmachen. Beim Sprechen stimmt der rhythmische Akzent vielfach nicht. Falsche Pausen mindern den Sprechfluss.

*Marcus Knill ist langjähriger Kommunikationsexperte aus Uhwiesen. Er schreibt in loser Folge für die SN.